

Öffentliches Expertenfachgespräch der SPD-Bundestagsfraktion

„Folgen einer nationalen Luftverkehrssteuer für den Luftverkehrsstandort Deutschland“

15. Juli 2010, 11.00-12.30 Uhr, Paul-Löbe-Haus, Raum PLH E 600

Ralf Teckentrup
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Fluggesellschaften (BDF) e.V.

[Sperrfrist: 15. Juli 2010, 11.00 Uhr – Es gilt das gesprochene Wort]

Sehr geehrte Frau Gottschalck,
sehr geehrter Herr Pronold,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst ganz herzlich im Namen der deutschen Fluggesellschaften und ihrer 120.000 Beschäftigten dafür bedanken, dass Sie zu dieser öffentlichen Anhörung zur geplanten Luftverkehrssteuer der Bundesregierung eingeladen haben. Wir wünschen uns sehr, dass dieses Gespräch heute einen wichtigen Beitrag dazu leisten wird, die Öffentlichkeit und die Politik darüber aufzuklären, welche Folgen eine solche Steuer für Deutschland und seine Beschäftigten tatsächlich haben würde.

Die Luftverkehrssteuer ist Bestandteil des vom Bundeskabinett beschlossenen, sogenannten Sparpakets der Bundesregierung, und ist dort als sogenannte „Ökologische Luftverkehrsabgabe“ mit einer Milliarde Euro jährlich aufgeführt. Sie soll zur Konsolidierung des Bundeshaushalts beitragen, und, so könnte man aus der Bezeichnung ableiten, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Soweit zu den Zielen der geplanten Luftverkehrsabgabe.

Doch diese Luftverkehrsabgabe ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel.

Etikettenschwindel Nummer 1: Diese Abgabe ist keine Abgabe, für die der Abgabenschuldner eine Gegenleistung vom Staat erwarten dürfte, und sie hat auch nichts mit Sparen oder intelligenten Reformen zu tun. Diese Abgabe ist ganz einfach eine NEUE STEUER, die den Unternehmen und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich aus der Tasche ziehen soll, um die Schulden aus der Banken- und Finanzkrise zu tilgen. Die Luftverkehrssteuer trifft also gerade jene Menschen und Unternehmen, die sowieso schon erheblich unter den Auswirkungen der Finanzkrise gelitten haben.

Etikettenschwindel Nummer 2: Die Steuer soll unter dem Deckmantel der Ökologie an den Mann gebracht werden. Weil sie „ökologisch“ genannt wird, so ist ganz offensichtlich die Hoffnung der Bundesregierung, wird sie von der Bevölkerung akzeptiert werden. Doch diese Steuer wird keinen Beitrag zum Klima- oder Umweltschutz leisten. Im Gegenteil: Sie ist ökologisch unsinnig und sogar kontraproduktiv, weil sie nachgewiesenermaßen die Menschen dazu verleiten wird, zukünftig längere Fahrten im Straßenverkehr zu ausländischen Flughäfen in Kauf zu nehmen, um der deutschen Luftverkehrssteuer zu entfliehen.

Etikettenschwindel Nummer 3: Der Finanzminister erhofft sich von der Luftverkehrssteuer Mehreinnahmen von einer Milliarde Euro jährlich. Er berücksichtigt dabei aber nicht die negativen Effekte auf die Wertschöpfung und die 850.000 Beschäftigten der Branche in Deutschland. Das Beispiel Niederlande, hat uns aber gezeigt, dass eine Luftverkehrssteuer, die als nationale Insellösung eingeführt wird, vor allem zu einer Flucht von Passagieren ins Ausland und damit zu einem Abzug von Verkehren und Wertschöpfung führt.

Sehr geehrte Damen und Herren: INSELLÖSUNGEN FUNKTIONIEREN NUR AUF INSELN.

Deutschland aber liegt im Herzen von Europa und hat entlang seiner langen Außen- grenze eine Vielzahl attraktiver Flughafenstandorte im grenznahen Ausland, gerade im Westen und Südwesten Deutschlands, aber auch im Süden und Osten. Auch Umsteiger in Frankfurt und München werden mit der deutschen Steuer dazu angeleitet, zukünftig steuerfreie Umsteigeverbindungen in Paris, Amsterdam oder Dubai zu wählen.

Das, was die Niederlande erfahren haben, wird sich für Deutschland wiederholen. Wir schätzen, dass Deutschland durch eine Luftverkehrssteuer mindestens 5 Millionen Passagiere jährlich und dadurch mindestens 10.000 Arbeitsplätze an ausländische Flughäfen und Fluggesellschaften verlieren wird. Näheres hierzu werden wir später hoffentlich von Herrn Professor Klophaus erfahren, der diese Effekte untersucht hat.

Für den Finanzminister bedeutet dies: Ja, er wird zusätzliche Einnahmen durch die Luftverkehrssteuer von 1 Milliarde Euro haben. Für den Bund, die Länder und die Kommunen insgesamt bedeutet dies aber im Gegenzug

- den Verlust an Umsatzsteueraufkommen, weil weniger Tickets in Deutschland verkauft werden,
- niedrigere Ertragssteuern, weil weniger Flugpassagiere auch weniger Gewinn für Flughäfen, Fluggesellschaften, Reisebüros und Touristikunternehmen bedeuten,
- weniger Sozialversicherungsbeiträge, weil weniger Beschäftigte und
- höhere Ausgaben für die Agentur für Arbeit und die Kommunen, weil mehr Arbeitslose.

Nach allem, was wir aus den Niederlanden wissen und auch aus Belgien gehört haben, MUSS der Finanzminister davon ausgehen, dass die Belastungen für die öffentlichen Haushalte im Bund, in den Ländern und in den Kommunen größer sein werden, als die Mehreinnahmen aus der Luftverkehrssteuer.

Die Luftverkehrssteuer wird damit zu einem ARBEITSPLATZEXPORTPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG und zu einem BUMERANG FÜR DIE ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE in Deutschland.

Die Luftverkehrssteuer wird keines ihrer vermeintlichen Ziele erreichen.

Sie wird gravierend die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fluggesellschaften, Flughäfen, Touristikunternehmen und Reisebüros verschlechtern.

Sie wird das Reisen in und von Deutschland für die Bürgerinnen und Bürger deutlich verteuern und sie wird am Ende auf den Schultern des Steuerzahlers und der Beschäftigten in Deutschland abgeladen.

Zusammen mit meinen Kollegen aus den Unternehmen, den Verbänden und der Gewerkschaft möchte ich Sie deshalb herzlich bitten, sich gemeinsam mit uns dafür einzusetzen, dass diese Luftverkehrssteuer keine Wirklichkeit wird.

Sagen Sie mit uns NEIN zur Luftverkehrssteuer!

Vielen Dank.